

Beitrag auf Facebook, 25.07.2025 von [Ingar Soltv](#)

Noch ein Gedanke zur neuen Berufsverbotepraxis im postliberalen Kapitalismus - in Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Bayern. Begreifen wir eines: Ganz egal, ob es so scheint, als ginge es gegen die AfD, es werden immer Linke betroffen sein!

Warum?

Wenn die Berufsverbotepraxis von Regierungen der Union ausgeht, dann tun diese es aus Überzeugung, weil sie als bürgerliche Konservative, ganz klassisch, den Hauptfeind links sehen und die extreme Rechte ein bürgerliches Kontinuum ist, Fleisch vom Fleisch der Konservativen, ein radikalisierte Konservatismus. (Das hört man nicht nur beim Fraktionsvorsitzenden Spahn, sondern auch bei Kanzler Merz und Kanzleramtschef Frei heraus, die, wenn sie von der „Brandmauer“ sprechen, nicht etwa Rassismus und Menschenfeindlichkeit als Gründe nennen, also eine Grenze zwischen noch humanistischem Konservatismus und antihumanistischem Rechtsextremismus ziehen, sondern stattdessen, dass „die AfD auf Putins Schoß“ sitze und außenpolitisch unzuverlässig sei. Und genau das ändert die AfD gerade rasant: pro-USA/NATO, pro-Aufrüstung, pro-EU/Euro, pro-Israel usw. Und damit nimmt die AfD der Union die Argumente, sich nicht auf dieses rechtsbürgerliche Bündnis einzulassen.)

Geht die Berufsverbotepraxis von rotgrünen Regierungen und im Namen der „wehrhaften Demokratie“ gegen die AfD aus, dann werden sie sich, wie jetzt in Rheinland-Pfalz passiert, mit mindestens gleicher Schärfe gegen kleine, harmlose linke Organisationen richten, werden Grüne und SPD gegen Gewerkschaften wie die FAU vorgehen, die sehr verdienstvolle Arbeit beim Organizing von Arbeiterinnen und Arbeitern der Lieferdienste leisten, und bis hinein in Strömungen der Linkspartei Berufsverbote aussprechen. Dann werden sie, gerade weil all die linken Organisationen von SDAJ bis Rote Hilfe im Vergleich zur AfD klein sind, alle diese Organisationen zusammensammeln und mit Berufsverboten belegen, wie jetzt in Rheinland-Pfalz von Rotgrün vorgeschlagen.

Sie tun das dann nicht bloß, um die Totalitarismuskonzeption zu pflegen, in der es sich so hübsch einrichten und wohl fühlen lässt, in der man sich selbst stets und per se, egal, was man tut, als „die Guten“, als „die Mitte“ sehen kann. Sie tun es, um sich gegen die Reaktion von rechts zu immunisieren, um den Eindruck der „Ausgewogenheit“ in der Verfolgung des politischen Gegners aufrechtzuerhalten, von der auch das Gefühl und die Inszenierung als „Mitte“ abhängt. Und was schaut ausgewogener aus, wenn man neben einer einzigen sehr großen Rechtspartei, die in Umfragen bundesweit stärkste Partei neben der Union ist, die Mitglieder von Dutzenden linken Organisationen mit Berufsverboten belegt.

Ist aber diese Praxis erst einmal etabliert und kommt dann 2027, wenn es nichts mehr zu verteilen gibt, eine hartrechte Regierung, wovon auszugehen ist, dann Gnade den Linken Gott. Denn dann wendet sich diese eingetübte und normalisierte Praxis mit voller Wucht gegen links. Dann ist Merz' trumpistische Prüfung der Gemeinnützigkeit von unzähligen Nichtregierungsorganisationen nur der Anfang.

Entscheidend ist aber: Auf Grüne und SPD zu setzen, dass sie die Demokratie schützen, wendet sich zwangsläufig gegen die Linke. Es liegt in der Natur der Sache.

Kommentare von anderen Facebook-Nutzern

(Stand: 25.07.2025 15:00 Uhr; Rechtschreibung teilweise korrigiert)

Stephan Krüger

Sehr gut. War auch mal linkes Allgemeingut. Derzeit glauben 90 Prozent aller Linken (gefühlte, habe keine Erhebung dazu gemacht) man könne gemeinsam und als Teil des Staates mit dem Staat primär „Rechte“ bekämpfen. Einige fangen an zu merken, dass das so nicht läuft, aber ohne zu verstehen, warum das systemisch so ist. Und keineswegs ein Betriebsunfall. Ein Betriebsunfall ziemlicher Größenordnung ist es, wenn Linke nicht mehr wissen, wer der Staat, was der Staat und wessen Staat es ist. Unabhängig vom Wahlergebnis.

Donatella Della Porta

It already hits the left as it targets all those that an administrative body as the Verfassungsschutz defines as ‘extremist’ and this includes everything, from the Jüdische Stimme to part of Die Linke. And it would be more and more so. I was astonished to see how the ‘liberals’, ‘progressives’ in Germany supported these fascist moves.

Korrigierte Facebook-Übersetzung: Es trifft bereits Links, da es all diejenigen anvisiert, die ein Verwaltungsorgan wie der „Verfassungsschutz“ als „extremistisch“ bezeichnet – und dazu gehört alles, von der Jüdischen Stimme bis zum einem Teil der Partei Die Linke. Und es wird immer mehr in diese Richtung gehen. Ich war erstaunt zu sehen, wie die „Liberalen“, „Progressiven“ in Deutschland solche faschistischen Winkelzüge unterstützten

Thoralf Trundilson

Zum Glück wird auch in RLP die SPD bei ca 13% landen.
.Langfristig sind die nicht mehr so gefährlich.

Stefan Schmalz

Man sollte im übrigen nicht vergessen, dass in Bayern nie von der Berufsverbotspraxis abgewichen wurde. Ich selbst hatte mal die Liste mit Organisationen in der Hand, als ich auf einer Berufungsliste platziert war. Die beinhaltet noch sehr viel mehr Organisationen als der Entwurf in Rheinland-Pfalz.

Andrea Ebel

Gestern ein sehr guter Beitrag dazu über die Situation in Bayern.
Ein rechtsextremer Jurist, der aktiv in mehreren Organisationen, u.a. Burschenschaften ist, u.a. ein Höcke-Interview veröffentlicht hat, darf in der bayerischen Justiz ausgebildet werden, eine Lehrerin darf ihre Ausbildung nicht beenden, bekommt keinen Platz für ein Referendariat, weil sie sich als Anti-Kapitalistin bezeichnet, im Klimaschutz und gegen die AfD engagiert.

<https://www.deutschlandfunk.de/dlf-magazin-100.html>

Heinz-Dieter Lechte

Eigentlich nicht so schwer zu verstehen. Die dahinterstehende Erkenntnistheorie sollten wir auf alles anwenden. Sofern nicht alle dazu Zugang haben, ihn in und mit unseren politischen Äußerungen erleichtern und nie Mystifikation bedienen. Denn zum linkspopulären, „immer laut zu sagen was ist“ gehört, das Sein in seinen Erscheinungsweisen zu durchschauen. Was also soll ich denn laut sagen? In diesem Fall genau das, was der Post sagt. Die linke Hausmacht bedient (noch) das Gegenteil. Auch unsere Genossen in oder nicht mehr in der Partei, aber aktiv in der Friedensbewegung, sollten sich das hinter die Ohren schreiben. Auch im breiten Bündnis mit humanistisch- bürgerlichen Kräften gilt, nicht nur im Hinterzimmer

hörbar antikapitalistisch zu bleiben.

Peter Teichmann

100pro, das muss jetzt als allererstes DIE LINKE kapieren, denn die wären dann die Nächsten, die dran sind.

Leider dürfte es dort eine starke Strömung [geben], die sooo gerne „mitspielende Mitte“ wäre, dass selbst diese Kröte geschluckt wird.

Das mit den Barrikaden ist längst verraucht wie ein Bühnennebel.

Werner Siebler

Hallo Ingar, das sehe ich genau so und die Bewegung gegen die neuen Berufsverbote plant am 10. Oktober in München dazu eine Veranstaltung. Das wäre doch eine gute Gelegenheit für dich, das dort in einem Beitrag auszuführen???

Ingar Solty

Lieber Werner, am 10. Oktober kann ich leider nicht, ich könnte Euch höchstens ein ähnliches Grußwort schicken oder dergleichen. Ansonsten bin ich am 29.11. mal wieder in München, auf dem [isw-Forum](#).

Metzroth Volker

[Mein Artikel dazu](#) aus der Sicht auch des Zeitzeugen, der selbst 7 Jahre Berufsverbotsverfahren bei der Post durchstehen musste, zudem 12 Jahre Erfahrung im Kampf gegen Landes-Berufsverbote in RLP hat. [Text auch [hier](#)]

Ingar Solty

Danke. Es gehört zur Geschichtsschreibung der beiden deutschen Staaten, dass der Kalte Krieg auf beiden Seiten Opfer forderte und dass entsprechend auch auf beiden Seiten Entschädigungen erforderlich sind.

Thorsten Donner

Der Hauptfeind steht Links. Die Parteien der Mitte gehen unter bei aufkommenden Klassenbewusstsein. Ihre Mandate und ihr Luxus steht für diese Menschen auf dem Spiel. Das werden sich selbst Sozialdemokraten nicht gefallen lassen. Europäisch lässt sich das Spielchen beobachten. [ND-Artikel zur Repression gegen Gewerkschaften in Spanien](#).

Bernd Jacoby

Welche fehlerhaften Auffassungen und fehlerhaften Auftritte hindern die Partei DIE LINKE hier und heute daran, jene politischen Einbrüche in die Wählerschaft der AfD aufgrund deren Klassen- und Interessenlage zu erzielen, die es ermöglichen, den absehbaren Werdegang der AfD hin zu einer rechtsnational-konservativen Regierung mit all deren Folgen aufzuhalten, indem er vorhersagbar und sichtbar wird? Fehlende Mittel und Möglichkeiten können es nicht sein, auch nicht die Zahl der Mitglieder.